

Eine bessere Zukunft nach Covid19

21 Vorschläge des Europäischen Attac-Netzwerks

Das Europäische Attac-Netzwerk (EAN) lädt alle Organisationen, Bewegungen und AktivistInnen ein, sich an unseren Debatten und Aktionen anlässlich der durch Covid-19 ausgelösten, vielfältigen Krise zu beteiligen:

- Wie können wir soziale Schäden und Angriffe auf demokratische Rechte verhindern?
- Wie können wir die vorherrschende Logik umkehren und den neoliberalen Kapitalismus, den Profit und das Bruttoinlandsprodukt nachhaltigen Lebensbedingungen für alle in einer lebensfähigen Umwelt unterwerfen?
- Wie können wir Perspektiven für ein anderes sozio-ökologisches System eröffnen, das den neoliberalen Kapitalismus ersetzt?

Unsere Sommeruniversitäten (soweit möglich im Jahr 2020) und die Europäische **Sommeruniversität im August 2021 in Deutschland** werden gute Gelegenheiten in diesem Prozess sein.

Covid-19 ist eine Viruserkrankung, die sich in China zu verbreiten begann. Inzwischen hat sie sich durch die Internationalisierung der Lieferketten und die intensiven Bevölkerungsbewegungen, die der globale Tourismus mit sich bringt, auf der ganzen Welt ausgebreitet. Keine Region bleibt davon unberührt. Die Reaktionen auf diese Gesundheitskrise waren aber von Land zu Land unterschiedlich. Einige nationale Regierungen haben schnell gehandelt, während andere zu lange schuldhaft abwarteten oder auf die wirtschaftlichen Folgen Rücksicht nahmen. Auch die Maßnahmen unterscheiden sich von einem Land zum anderen.

Die Finanzkrise von 2008, die Verschärfung der globalen Klima- und Umweltkrise sowie die aktuelle Corona-Pandemie und ihre Folgen zeigen, dass sich solche Entwicklungen häufen. Ihre katastrophalen Auswirkungen sind eine Bedrohung für die ganze Menschheit. Diese Krisen machen immer deutlicher, dass das neoliberale Welt- und Wirtschaftssystem weder für die Gegenwart noch für die Zukunft geeignet ist.

Das Europäische Attac-Netzwerk fordert, dass die folgenden 21 Maßnahmen ergriffen werden, um mit Covid-19 und der von ihm ausgelösten wirtschaftlichen und politischen Krise umzugehen.

Kurz- und langfristig fordern wir:

Öffentliche Dienstleistungen, die der Reichtum derer sind, die nichts haben

1. Notfallplan für den Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle

Ständige Haushaltskürzungen und eine profitorientierte Logik haben zu Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben geführt. Das führte dazu, dass die öffentlichen Krankenhäuser unterbesetzt und unterausgestattet waren. Sie waren daher nicht in der Lage, die Zahl der zusätzlichen mit dem Virus infizierten Patienten zu bewältigen. Investitionen in diesen öffentlichen Dienst sind eine Möglichkeit für unsere Gesellschaften, sich gegen das Risiko außerordentlicher Gesundheitskrisen abzusichern. Das mag in den kommenden Jahren nicht so außergewöhnlich sein.

Kurzfristige Wirtschaftlichkeitsprinzipien wie die Maximierung der Bettenbelegungsrate und die Just-in-time-Versorgung können für den Gesundheitssektor nicht gelten. Ein solcher

neoliberaler Ansatz tötet bereits unter normalen Bedingungen, er tötet in dieser Situation noch mehr.

- Eine sehr große Zahl von Gesundheitspersonal und Pflegekräften muss eingestellt und ihre Löhne erhöht werden.
- Zehntausende von Betten in Krankenhäusern und Altenheimen müssen bereitgestellt werden, wobei der Schwerpunkt darauf liegen sollte, dass der öffentliche Sektor die öffentlichen und nicht die privaten Heime versorgt.
- Es sollten massiv medizinische Geräte gekauft werden.
- Ausrüstung, Tests und Medikamente müssen vor Ort hergestellt werden.
- Die riesigen privaten Konglomerate der pharmazeutischen Industrie müssen zerschlagen und Patente auf lebenswichtige Medikamente verboten werden.

2. Öffentliche Forschung von hoher Qualität für alle

Gesundheit und menschliches Leben müssen Vorrang vor Profit haben. Öffentliche Forschung von hoher Qualität ist notwendig, wenn wir die nächste Gesundheitskrise bewältigen wollen:

- Die Logik in der Finanzierung der Forschung muss sich von der kurzfristigen (und kurzsichtigen) auf die langfristige verlagern.
- Die Forschung muss rechtzeitig finanziert werden, um künftige Gesundheitskrisen zu verhindern.
- Öffentliche Arbeitsplätze müssen an allen öffentlichen Universitäten und Forschungszentren geschaffen werden.
- Die für die Durchführung der Forschung unter geeigneten Bedingungen erforderlichen Mittel müssen bereitgestellt werden.

Sicherung und Ausweitung der Demokratie

3. Absolute Einhaltung des Arbeitsrechts

Ähnlich wie die italienische Regierung müssen auch die europäischen Regierungen die Vertreter der Gewerkschaften beteiligen, um kollektive und einvernehmliche Vereinbarungen darüber zu treffen, welche Industrien gestoppt werden sollten und welche weiterhin funktionieren sollten. Das soll sicherzustellen, dass die Grundbedürfnisse der Bevölkerung erfüllt werden.

Bis zu einer solchen Einigung sollten die Arbeitnehmer das Recht haben, nicht zu arbeiten, wenn sie der Ansicht sind, dass nicht alle Maßnahmen zu ihrem Schutz vor Ansteckung ergriffen wurden. Jede Maßregelung muss verboten sein.

Darüber hinaus dürfen Notfallmaßnahmen keine Rückschritte in Bezug auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, wie z.B. eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit, beinhalten.

4. Absolute Achtung der Grundrechte

Die Gesundheitskrise darf in keiner Weise Maßnahmen rechtfertigen, die die Grundrechte und -freiheiten verletzen. Die Achtung der Privatsphäre muss gewährleistet sein, und die Regierungen müssen alle Entscheidungsprozesse transparent gestalten.

Alle Maßnahmen, die in einer Notsituation ergriffen werden, müssen verhältnismäßig, auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen für alle ausgerichtet und zeitlich streng begrenzt sein. Der Versuchung der elektronischen Überwachung muss widerstanden werden. Eine wirksame Umsetzung des Ausgehverbotes darf niemals die Anwendung von Gewalt gegen die verletzlichsten Menschen (Obdachlose oder Migranten) rechtfertigen.

5. Schutz und Ausweitung der demokratischen Rechte nach der Krise

Die derzeitigen Notfall-Einschränkungsmaßnahmen dürfen nicht zu einer Beschneidung der demokratischen Rechte führen.

Nach der Krise müssen die demokratischen Rechte auf den wirtschaftlichen Bereich ausgedehnt werden: Um über klare Rechte demokratisch zu entscheiden, z.B wie wir leben und was wir produzieren wollen.

Es ist empörend, dass man Amazon erlaubt hat, seinen Betrieb wie gewohnt weiterzuführen, als kleine Unternehmen gewaltsam geschlossen wurden. Wir müssen die Straffreiheit der multinationalen Konzerne beenden, private Gerichte für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten abschaffen und so genannte Freihandelsabkommen aufheben.

Gleichheit und Schutz der Schwächsten

6. Garantierte Einnahmen für alle Arbeiter, Arbeitslosen, Kleinunternehmen und Künstler.

Die Covid-19-Krise wird unsere Volkswirtschaften hart treffen. Alle notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung einer sozialen Krise müssen unverzüglich ergriffen werden. Entlassungen müssen bis auf weiteres verboten und ein Mindesteinkommen für alle garantiert werden.

Die Regierungen sollten Unternehmen mit Cashflow-Problemen (d.h. Selbständige, kleine und mittlere Unternehmen) bei der Bewältigung von Arbeitszeitverkürzungen oder der vollständigen Einstellung ihrer Geschäftstätigkeit unterstützen.

Die Hilfe für Privatunternehmen sollte jedoch strikt an die Bedingung geknüpft werden. Es sollte sich bei diesem Geld um Darlehen oder staatliche Unternehmensbeteiligungen handeln.

7. Sofortige Beschlagnahme aller leerstehenden Wohnungen.

Niemand sollte gezwungen werden, die Zwangsmaßnahmen in unhygienischen Wohnungen oder – schlimmer noch – auf der Straße zu befolgen.

- Die Beschlagnahme leerstehenden Wohnraums war schon immer eine Forderung unseres Netzwerks, sie ist dringender denn je.
- Gleichzeitig muss ein Moratorium für die Zahlung von Mieten für Mieter eingeführt werden, die ihre Mieten nicht bezahlen können.

8. Schutz von Personen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind

Ausgehverbot, insbesondere wenn es in kleinen Unterkünften erlebt wird, bedeutet, dass eingesperrte Menschen in einem unerbittlichen Stresszustand leben. Dieser kann Depressionen hervorrufen und häusliche Gewalt, oft an Kindern und Frauen, verschlimmern. Hier muss so schnell wie möglich Abhilfe geschaffen werden. Sie zu schützen ist eine Angelegenheit von großer Dringlichkeit. Kinder und Frauen sterben bereits.

Die Kapazität der Unterkünfte und Betreuungszentren muss erhöht werden.

9. Hilfe für junge Menschen

Die von den Lehrern festgestellten Lernrückstände müssen sofort durch persönliche Unterstützung behoben werden: Diejenigen, die derzeit ohne Arbeit sind, wie z.B. Künstler, könnten engagiert und korrekt bezahlt werden. In den Zeiten der Ausgangssperre müssen Computerausrüstung und andere notwendige Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden.

10. Aufenthaltsrecht für MigrantInnen

Migranten, denen Grundrechte mit der Begründung verweigert werden, dass sie sich illegal in unseren Ländern aufhalten, sind nicht in der Lage, sanitäre Maßnahmen zu befolgen. Das ist inakzeptabel.

Die jüngste Entscheidung der portugiesischen Regierung zeigt, dass es möglich ist, in großem Umfang Aufenthalt zu gewähren. Alle Regierungen sollten ihrem Beispiel folgen und sicherstellen, dass jeder, unabhängig von seiner Nationalität, alle notwendigen Maßnahmen ergreifen kann, um sich vor dem Virus zu schützen. Alle Lager in Griechenland müssen sofort geschlossen werden. Ebenso wie es für Touristen geschehen ist, müssen Migranten in Städte in Europa gebracht werden, die sich verpflichtet haben, sie in Solidarität aufzunehmen.

Steuergerechtigkeit

11. Steuergerechtigkeit herstellen

Covid-19 hat deutlich gemacht, dass unsere Gesellschaften einen großen Bedarf an qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben. Diese haben ihren Preis. Deshalb müssen die Steuersysteme so umgestaltet werden, dass die Reichsten im Verhältnis zu ihrem Reichtum einen Beitrag leisten.

Die in den letzten Jahrzehnten eingeführten Steuersenkungen müssen aufgehoben werden, und die Besteuerung muss wieder wirklich progressiv gestaltet werden und sowohl Vermögen als auch Einkommen einbeziehen.

Die Regierungen müssen gemeinsam wirksam auf die Beseitigung von Steueroasen hinwirken und den Wettlauf nach unten stoppen, der darin besteht, die Steuersätze für die reichsten und transnationalen Unternehmen zu senken.

12. Besteuerung von Gewinnen und Vermögen

Die notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen, die mit einer drastischen Rückgang oder sogar Einstellung ihrer Aktivitäten sowie mit der Rezession im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise konfrontiert sind, werden die Steuereinnahmen belasten. Unterdessen erzielen einige Unternehmen aufgrund der Krise außergewöhnliche Gewinne (Amazon, Netflix...). Die Steuern auf deren Gewinne müssen eingeführt werden, damit die Ausgaben der Regierungen nicht durch weitere Schuldenaufnahme auf den Finanzmärkten gedeckt werden. Solidarität ist von allen gefordert, sie sollte auch diese Unternehmen einschließen.

13. Verbot der Ausschüttung von Dividenden

Die Kosten der Krise müssen aus großen Privatvermögen und durch die Besteuerung von Spekulationskapital auf den Finanzmärkten bezahlt werden. Die Milliarden Euro an Dividenden, die die Unternehmen auf der Grundlage der 2019 erzielten Gewinne an ihre Aktionäre zahlen müssen, dürfen nicht ausgeschüttet werden. Stattdessen müssen diese Mittel zur Bewältigung der Krise eingesetzt werden.

Banken und Finanzmärkte in der EU und Europa

14. Kredite von Zentralbanken an Regierungen zu einem Null-Zinssatz

Zentralbanken und öffentliche Banken müssen den nationalen und lokalen Regierungen direkt Geld leihen, damit diese Notfallprogramme finanzieren können. Diese Kredite müssen zu Nullzinssätzen oder nahe Nullzinssätzen vergeben werden. Staatsschulden dürfen keine Gelegenheit für Spekulationen der Finanzmärkte sein, wie es nach der Krise von 2008 der Fall war. Es müssen Maßnahmen gegen Spekulationen mit öffentlichen Schulden ergriffen werden. Darüber hinaus muss der EU-Stabilitäts-, Koordinierungs- und Governance-Pakt ein für alle Mal aufgehoben werden.

15. Kontrolle der Kapitalströme

Die Covid-19-Krise darf von den Finanzmärkten nicht zur Spekulation genutzt werden. Es darf nicht zugelassen werden, dass sie ganze Volkswirtschaften destabilisieren, die durch die Krise bereits verwundbarer geworden sind. Spekulationsgeschäfte und Schattenbanken müssen verboten werden. Mehr denn je ist es jetzt an der Zeit, die von zehn europäischen Regierungen vereinbarte Steuer auf Finanztransaktionen und auch die Steuer auf Währungstransaktionen, die der Ausgangspunkt unserer Vereinigung war, umzusetzen.

16. Zerschlagung und Vergesellschaftung der größten Banken

Einige Banken stellen ein systemisches Risiko für die Wirtschaft dar: Ihr Scheitern würde das Bankensystem international destabilisieren. Diese Banken, die "too big to fail" sind, müssen entflochten und sozialisiert werden. Trotz des Widerstands der europäischen Bankenlobby müssen Eigenhandel und kommerzielle Aktivitäten getrennt werden.

Internationale Solidarität

17. Eine koordinierte Reaktion auf europäischer Ebene

Die Solidarität zwischen den europäischen Ländern kann nur gewährleistet werden, wenn die Reaktion der Regierungen nicht von den Interessen der Unternehmen in den wirtschaftlich stärkeren Ländern bestimmt wird.

- Der EU-Haushalt muss aufgestockt und zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Staaten verwendet werden.
- Geld, aber auch medizinische Geräte müssen zwischen Nachbarländern geteilt werden. Die Solidarität zwischen Krankenhäusern darf nicht durch nationaler Interessen eingeschränkt werden.
- Grundsätzlich muss das Fundament der Integration innerhalb der EU revidiert werden. Es muss auf sozialen Prämissen und nicht auf der Ideologie des freien Marktes, des Freihandels und des freien Wettbewerbs aufbauen.

18. Internationale Solidarität

Die humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden für ärmere Länder besonders gravierend sein. Zur Unterstützung und zum Schutz der verwundbarsten Menschen der Welt sollte weltweit umfangreiche Unterstützung mobilisiert werden. Die Unterstützung für den globalen Süden sollte in Form von Direkthilfe und nicht in Form von Darlehen mit neoliberalen Auflagen erfolgen.

Die öffentliche Verschuldung sollte gestrichen werden, damit die Länder ihre Ressourcen auf die Bewältigung der Gesundheitskrise umlenken können.

ISDS und andere ungerechte Handelsmaßnahmen müssen gestoppt werden, und Patente für Impfstoffe und lebensrettende Medikamente müssen verboten werden.

Ökologische und soziale Transformation

19. Verlagerung der öffentlichen Subventionen von umweltverschmutzenden Industrien hin zur Unterstützung eines sozialen und ökologischen Wandels

Die finanzielle Unterstützung von Unternehmen der Fluggesellschaften, der fossilen Brennstoffe und der chemischen Industrie muss ausgesetzt oder an die Bedingung geknüpft werden, dass sie sich auf soziale und ökologische Produktionen umstellen.

Die Sozialisierung dieser Unternehmen sollte in Betracht gezogen werden, und in allen Fällen müssen die Arbeitnehmerrechte garantiert werden.

Massive Programme zur beruflichen Ausbildung oder Umschulung müssen beginnen.

Die Regierungen kommen jetzt zur Rettung. Die staatliche Intervention kann nicht zulassen, dass alles wieder zu den Bedingungen zurückkehrt, die das Schlimmste dieser Krise erst ermöglichten, besonders nach all den Entbehrungen der Bevölkerung.

20. Eine Geldpolitik, die der Realwirtschaft und dem Wandel dient

Die Europäische Zentralbank (EZB) muss die Regierungen direkt und nicht über Privatbanken finanzieren. Sie hat angekündigt, dass sie 750 Milliarden Euro an Vermögenswerten zur Unterstützung der Wirtschaft aufkaufen wird. Es darf nicht zugelassen werden, dass Banken und Finanzmärkte dieses Geld zur weiteren Finanzierung umweltverschmutzender und schädlicher Industrien oder zur Schaffung von Spekulationsblasen verwenden. So wie die Regierungen "Hilfe" an ökologische und soziale Transformationsziele knüpfen, müssen auch die Zentralbanken als Gegenleistung für ihre Unterstützung Bedingungen stellen.

21. Verlagerung der Produktion auf solidarischer Basis

Die Covid-19-Pandemie hat einen nicht hinnehmbaren Mangel an Autonomie bei strategischen Produktionen wie Medizin oder Nahrung offenbart. Die extreme Internationalisierung der Lieferketten hat unsere Gesellschaften in Situationen wie der gegenwärtigen Krise verwundbarer gemacht.

- Die Rück-Verlagerung wichtiger Produktionen erfordert, dass wir die derzeitigen Freihandelsbestimmungen der EU abschaffen.
- Wir müssen die lokale und kleinbäuerliche Landwirtschaft mit begrenztem Einsatz chemischer Pestizide und Düngemittel fördern, im Gegensatz zu den derzeitigen agroindustriellen Praktiken, die nicht nur die Böden und die biologische Vielfalt vernichten, sondern auch die Umweltverschmutzung erhöhen und damit die Verbreitung von Krankheiten begünstigen.
- Die Menschen müssen entscheiden, wie sie leben und was sie produzieren wollen, in einem fairen ökologischen Austausch, der die Interessen aller Menschen respektiert.

Dies würde auch die Logik des Wettbewerbs zwischen den Ländern umkehren, die auf der Senkung der Arbeitskosten beruht, und ökologische Ziele wie die Verringerung der Treibhausgasemissionen fördern.

Insgesamt brauchen wir eine Strategie zur sozial-ökologischen Transformation für Europa.

Europäisches Attac Netzwerk, 14.4.2020